

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

fernsprecher: 4246, 2273,
3110, 3249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 80.—M.
Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus
Deutschland . . 6.00 M.
im Reklameteil 18.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich.

Wir leben augenblicklich wieder einmal in einer kritischen Zeit. Der starke Mann Poincaré droht dem wirtschaftlich mehr und mehr aus allen Fugen geratenen Deutschland, und war liegt es auf der Hand, daß er die Gelegenheit dazu ängstlich herbeigewünscht hat und den ersten besten Anlaß benützt, um seinen kriegerischen Mut und seine gespannte Kampfbereitschaft zu entladen. Obgleich für den 7. August eine Besprechung mit Lloyd George vorgesehen war, welche das ganze Reparationsproblem regeln sollte, benützt er die Frage der sogenannten Ausgleichszahlungen deutscher Privater, die in gleichmäßigen Monatsraten durch Vermittlung der deutschen Regierung an Frankreich geleistet wurden, um Deutschland die Fäuste zu zeigen. Wenn Deutschland um ein Moratorium nachgefragt hat, weil es nicht mehr imstande ist, die zur Bezahlung der Reparationen nötigen Auslandskredite anzuschaffen, so ist es klar, daß dieselbe Schwierigkeit auch in Bezug auf die Ausgleichszahlungen vorliegen muß. Es ist also durchaus böser Wille Poincarés, jetzt unter heftigen Vorwürfen mit Zwangsmaßnahmen zu drohen.

In Berlin hatte am 2. August der Reichskanzler eine Besprechung mit sämtlichen Parteiführern (außer den Kommunisten). Die Parteiführer stimmten mit der Regierung darin völlig überein, daß die gespannte innere und auswärtige Lage die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert.

Die Erfüllungspolitik scheint am Ende angelangt zu sein. Zum ersten Male seit dem Friedensschluß weist die Regierung im Einverständnis mit den Parteien eine Geldforderung seiner früheren Gegner zurück. Poincaré hatte dies jedenfalls nicht erwartet. Er hatte geglaubt, daß Deutschland sich bald beugen und Bezahlung der Augustrate, die übrigens erst am 15. August fällig ist, versprechen würde. Hoffentlich bleibt Deutschland fest, denn im gegenwärtigen Falle würde, wie der starke Fall der Mark anzeigt, die Erfüllungspolitik gleichbedeutend mit einer Katastrophepolitik sein. Die bloße Zahlungsverweigerung jedoch bedeutet noch keineswegs eine Katastrophe.

Auch England geht aus seiner bisherigen vorsichtigen Reserve etwas heraus. Balfour hat sofort eine Note an Frankreich gerichtet, in der er ebenso, wie Wirth in seiner Antwortnote mahnend darauf hinweist, daß die Gewalt die gegenwärtigen Fragen nicht lösen kann. Er stellt in Aussicht, daß Großbritannien auf alle weiteren Ansprüche auf die deutschen Reparationsleistungen und ebenso die Rückzahlung der Schulden seiner Verbündeten verzichten würde — aber nur in dem Falle, daß ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bilde, der sich mit dem großen Problem im Ganzen befaßt und zu einer befriedigenden Lösung gelange. Aus einer gewaltsamen Erzwungung der vertraglichen Verpflichtungen könne der Menschheit kein Gewinn erwachsen.

Die französischen Chauvinisten jedoch wissen auch hier geschickt die Sache so zu drehen, daß sie ihre Bajonette und Geschütze in Bewegung setzen können. Der berühmte Pertinax zieht daraus die Folgerung, daß Frankreich jetzt erst recht mit Gewalt die deutschen Schulden eintreiben müsse, denn es sei ja nach englischem Wunsche gezwungen, seine Schulden an England und Amerika zu verzinsen und zu amortisieren.

Während in den letzten Wochen die Aufmerksamkeit ebenso in Polen wie in Deutschland auf die innere Krise gerichtet und die Außenpolitik darüber stark zurückgetreten war, horcht jetzt alles auf bei dem Notenwechsel der drei Großmächte und schaut mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Mienen der beteiligten Staatsmänner. Poincarés Angeficht, seine ganze Haltung und Gesinnung ist ja bekannt. Solange er sich auf das Vertrauen der französischen Gesellschaft stützt, solange bleibt die höchste Sturmgefahr für Europa bestehen. Atemlos lauschen die Völker. Werden die Mahnungen Wirths und Balfours ein günstiges Echo bei dem ruhmreichen und hochbegabten französischen Volke finden oder wird Verblendung weiter Verstand und Willen der Politiker an der Seine umnebeln, wird der Machtrausch sie weiter zu ihrer wahnwitzigen drohenden Haltung und zu weiteren Gewaltmaßnahmen anfeuern.

Auch für den Fall, daß es sich nicht um militärische Maßnahmen handelt, sondern um wirtschaftliche Repressalien, wäre dies eine ganz ungeheuerliches Verfahren. Etwas Ähnliches bietet die Geschichte der neueren Zeit nicht. Man muß schon in das Gebiet der Dichtung gehen, um Vergleichbares zu finden. Shakespeares Shylock, der auf Grund einer Schuldverschreibung seinem lebenden Schuldner ein Pfund Fleisch herauszuschneiden wollte oder der Schalksknecht des Evangeliums, der seinen Mitknecht würgte und sprach: Bezahl, was Du mir schuldig bist! fallen als Beispiele ein. Frankreich lebt besser als alle übrigen Völker des europäischen Kontinents. Es liegt keine Notwendigkeit vor, die derartige brutale Schritte rechtfertigen würde.

Der Augenblick ist kritisch. Niemand weiß, was der nächste Tag bringen wird. Wir harren mit Spannung aller Sinne der Dinge, die da kommen sollen.

Die Programmrede Dr. Nowaks.

Vertrauensvotum für die Regierung mit einer Stimmenmehrheit von 193 gegen 139 Stimmen.

Gestern hielt der neue Ministerpräsident Dr. Nowak seine Antrittsrede, die von der Kammer mit ungewöhnlichem Interesse verfolgt wurde. Sie machte großen Eindruck besonders in den Momenten, wo Dr. Nowak die finanzielle Seite und die Aufgaben der Außenpolitik berührte. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung als unparlamentarische Regierung keine Parteipolitik treiben, sondern einzig und allein die staatlichen Notwendigkeiten im Auge haben werde, muß mit Nachdruck betont werden. Für uns Deutsche hat der Teil seiner Programmrede besondere Bedeutung, wo er, von den nationalen Minderheiten sprechend, sagte, daß jeder Bürger des polnischen Staates sich dann in nationaler und kultureller Hinsicht zu Hause fühlen müsse. Es ist klar, daß die Programmrede des neuen Ministerpräsidenten der Rechte nicht gefallen konnte, welche die Existenz einer Regierung, deren Ziele nicht ihre Parteiziele sind, einfach nicht verstehen kann. So hat sich denn die Rechte durch den Abg. Stabinski gegen das Kabinett ausgesprochen. Der Sejm hat jedoch dem Votum der Rechte nicht stattgegeben, sondern den Antrag des Abg. Fedorowicz dem neuen Kabinett ein Vertrauensvotum auszusprechen, mit 193 gegen 139 Stimmen angenommen. Auf diese Weise ist die zweimonatige Regierungskrise gestern endgültig beendet worden. Im Folgenden geben wir den Wortlaut der Rede des neuen Ministerpräsidenten wieder:

Hocher Sejm! Ich habe die Ehre, die von mir gebildete Regierung vorzustellen. Jemand hat den Ausdruck gebraucht, daß es unsere Aufgabe sei, den Staat in Ordnung zu halten (razdziej państwem). Das werden wir auch tun, indem wir uns dabei auf die geltenden Gesetze und Beschlüsse des hohen Sejms stützen werden. Die kurzen Worte: „Regierung und Ordnung“ (razdziej i porządek) sind inhaltsschwer und enthalten alles das, was getan werden soll, um dem Staate Stetigkeit, dauernde Macht und Ansehen sowohl im Innern, als auch nach außen zu gewährleisten, ihm Ruhe, Ordnung und Wohlstand zu sichern. Es wäre eitel, sich in Einzelheiten zu verlieren und vorzutreten ein Bild über die Taten zu geben, die geschehen sollen, um so mehr, als die Kunst des Regierens gerade auf Taten und nicht auf Worten beruht. Es sind jedoch solche weittragenden Staatsaufgaben vorhanden, die eine so grundsätzliche Bedeutung haben, daß es Pflicht der sich dem hohen Sejm vorstellenden Regierung ist, ihre Stellungnahme gegenüber diesen Fragen zu präzisieren.

Die Finanzfrage. Eine dieser Fragen sind die Finanzen des Staates, die wie zu Zeiten der früheren Kabinette eine der Hauptaufgaben der Regierung sein werden. Notgedrungen muß ich mich darauf beschränken, die Hauptgrundsätze festzulegen, die die Leitlinien unserer Finanzpolitik sein werden. Die Staatsaufgaben müssen durch die Vorräte an Mitteln, über die der Staat verfügt, geregelt werden. Somit handelt es sich um eine genaue Teilung in notwendige Aufgaben, deren Durchführung nicht ohne Schädigung der Staatsgrundsätze und der Grundlagen des Wirtschaftslebens unseres Landes selbst hinausgeschoben werden kann, und solche, die ohne Rücksicht auf ihren Wert und ihre Bedeutung werden warten müssen, bis die Reihe an sie kommt, bis zu dem Augenblick, wo die materiellen Vorräte des Staates und die Bedingungen des inneren und äußeren Kredits es gestatten werden, an ihre verwirklichte Heranvorkunft. Die Staatsmaschine darf nicht einen Augenblick stillstehen. Deshalb müssen die Bemühungen der Regierung auch in der Richtung verlaufen, von den Bürgern alle Mittel zu erlangen, die notwendig sind, die Staatsnotwendigkeiten zu befriedigen. Dabei werden wir sorgfältig darauf zu achten haben, daß die Steuerlast nicht die Arbeit selbst schädigt und ihre Ergiebigkeit abschwächt.

Die Wirtschaftspolitik. Die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens, die man auf gewissen Gebieten glänzend nennen kann, besitzt wegen des überaus engen Kontaktes mit dem Staatshaushalt und der Notenpresse nicht vollkommen sichere Grundlagen. Unser Ziel wird es sein, für die Wirtschaft des Landes einen gesunden Kredit zu finden und auf diese Weise den Staatshaushalt von Aufgaben zu entlasten, die eigentlich nicht im Bereich seiner Tätigkeit liegen. Die Regierung legt sich voll und ganz Rechenschaft darüber ab, daß sie eine so umfassende Aufgabe im Laufe einiger Monate nicht durchführen kann. Sie will aber schon damit beginnen, neue Grundsätze für die Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuführen, an die sich jede Regierung in Zukunft wird halten müssen. Die fundamentale Bedingung der wirtschaftlichen Gefundung des Staates ist Sparfameit, und zwar weitgehendste, strenge und unnachgiebige Sparfameit, wie wir sie schon bei unsern Finanzministern, vor allen Dingen aber beim letzten, gesehen haben. Eine solche Sparfameit als dauerhafte und wertvolle administrative Errungenschaft des Staates werden wir sorgfältig üben, wobei wir jedoch nicht vergessen werden, daß diese Sparfameit nicht, wie so oft, mechanisch angewandt werden und nicht dem Staate schaden darf, und daß es Sache der regierenden Faktoren ist, gewissenhaft zu erwägen, was staatliche Notwendigkeit und was vom staatlichen Gesichtspunkt aus überflüssig ist, was man sofort erledigen muß und was noch hinausgeschoben werden darf. Einzelnen vor den Staat vor Grund auf. Dabei sind wir als ein einziges Geschlecht nicht in der Lage, alle Dinge zu schaffen. Deshalb müssen die Lasten der Fundamentierung des Staates auf die folgenden Geschlechter verteilt werden, die an den Kosten des Baues des Staatsgebäudes teilhaben müssen. Da wir eine Reihe von weittragenden Aufgaben nicht auf später hinauschieben dürfen, wie z. B. die Sorgen um die Hebung und Entwicklung unserer Kultur, die Sorgen um die Ausdehnung und Leistungsfähigkeit unseres Verkehrs usw., da wir die gesellschaftlichen und sozialen Reformen nicht vernachlässigen dürfen, weil die Vernachlässigung dieser Dinge gerade die wirtschaftliche Hebung des Staates unmöglich machen würde, so müssen wir eine solche finanzielle Grundlage für diese Angelegenheiten konstruieren, damit auch die kommenden Geschlechter daran Anteil nehmen, die daraus entstehenden Lasten zu tragen. In der Septembersession des hohen Sejms wird der Finanzminister ein eingehendes Programm vorlegen, das, auf die oben erwähnten Grundsätze gestützt, große Opfer fordern wird, ohne welche die Gesundung unserer Finanzen undurchführbar ist.

Die Forderung. Ich kann ein elementares, drohendes Symptom unseres sozialen Lebens nicht mit Schweigen übergehen, und zwar die mit jedem Tage zunehmende Forderung. Die bisherigen Bemühungen, sie zu bekämpfen, haben uns genügend davon überzeugt, daß die Forderung nichts Abgetrenntes, kein selbständiges Problem, sondern nur eines der Symptome der Lage unserer Wirtschaft ist, und nicht für sich abgefordert behandelt werden darf, und nicht losgerissen von der Grundlage, auf der sie sich entwickelt hat. Wir

legen uns von diesem Problem, das so tief in unser soziales Leben einschneidet, Rechenschaft ab und werden es nicht aus den Augen lassen.

Die Außenpolitik.

Eine ungewöhnlich wichtige Aufgabe der Regierung ist unsere Außenpolitik, deren Grundlagen und Ziele im übrigen vollkommen klar und einfach sind. Denn was wollen wir? Wir wollen in Frieden leben, wollen arbeiten, wollen für uns selbst und die anderen nützlich sein, aber wir wollen auch in den uns mit Recht zustehenden gegenwärtigen Grenzen leben und uns unter keinen Umständen schmälern lassen. Um unsere staatliche Existenz zu sichern, müssen wir selbst stark sein, und zwar in jeder Hinsicht, und müssen Freunde haben, auf die wir uns stützen können. Solche Freunde haben wir, und das Fundament unserer äußeren Politik ist unsere herzliche Freundschaft mit der großen französischen Nation, die in den engen Verträgen mit Frankreich dokumentiert ist. (Bravorufe.) Es ist dies unser Bündnis mit Rumänien. (Bravorufe.) Es ist dies auch die Verständigung mit den Balkanstaaten. (Bravorufe.) Mit denen uns eine natürliche Gemeinsamkeit der Interessen verbindet. Dazu muß man die guten nachbarlichen Beziehungen zu der Tschechoslowakei und den dauernden Kontakt mit der Kleinen Entente zuzählen. (Zuruf: Mögen auch sie sich darum bemühen.) Wir sind auch der Überzeugung, daß alle Staaten, die am Weltkriege teilgenommen haben, zusammen mit Frankreich Polen wiedererweckt haben und damit das Verbrechen seiner Teilungen aus der Welt geschafft haben, vor allen aber Amerika, England, Japan und Italien Polen gegenüber sehr freundlich gesinnt sind, und auch weiterhin die Bedürfnisse unseres Landes verstehen werden. Unser Ziel wird es sein, daß unsere Beziehungen mit diesen Staaten immer enger werden. Mit allen unsern Nachbarn wollen wir so gut wie möglich zusammenleben. Der bisherige Verlauf der kürzlich begonnenen Verhandlungen mit Deutschland gestaltet es, ein günstiges Ergebnis zu erwarten. Wir haben den Wunsch, daß unsere Beziehungen zu Rußland und der Ukraine auf der Grundlage strikter Innehaltung des Friedensvertrages sich festigen und jeder Ausbruch friedlicher Bestrebungen von Seiten dieser Staaten von der polnischen Regierung wohlwollend aufgenommen wird. Wir wünschen mit einer Aufrichtigkeit, die keinem Zweifel unterliegt, den Frieden, wofür ein Beweis z. B. der Umstand ist, daß die angekündigte Demobilisierung des Jahrganges 1899 eben ihrem Ende entgegengeht. Und was mehr ist: Nicht nur, daß wir keine Kriegsschiffe haben, sondern daß niemand mehr als Polen dazu berufen ist, an dem Werke des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Ostens teilzunehmen. In der Welt schwirrt noch immer, wenn auch nicht mehr so wild, das Märchen von der Aggressivität Polens. Ich bin der Meinung, daß es deshalb entstanden ist, weil das Polentum allgütig widerstandslos war und der Pole alle Gewalttaten ertragen mußte, wobei sogar ein Protest und Schmerzensschrei ihm als Verbrechen angerechnet wurden. Die Welt hat sich allzusehr an seine Besorglosigkeit gewöhnt. Sie muß sich aber damit vertraut machen, daß wir frei und unabhängig sind, daß wir, indem wir die Freiheit anderer Nationen tief achten, jederzeit bereit sind, die erlangte Unabhängigkeit bis zum letzten zu verteidigen. (Bravorufe.)

Der hohe Sejm forderte am 26. Juli die Regierung auf, unverzüglich und in jedem Fall vor Beendigung der Arbeiten des gegenwärtigen Sejms einen Gesetzentwurf über die Selbstverwaltung, besonders in den Wojewodschaften mit gemischter Bevölkerung vorzulegen. Dieser Beschluß betrifft in erster Linie das baltische Kleinpolen. Es wird dies eine sehr wichtige und erwünschte Einleitung zur Ausfüllung der Lücke sein, die in unserm Staatsleben existiert, die in kürzester Zeit definitiv erledigt werden mußte. Die Wilnaer Frage haben endgültig die Wahlen zum Wilnaer Sejm entschieden. Es geht nur um Beendigung der hieraus sich ergebenden Konsequenzen; unser Verhältnis zu Litauen muß dagegen geduldig und verständnisvoll nicht minder mit strenger Befolgung der uns zustehenden Rechte behandelt werden.

Der Vertrag mit dem Apostolischen Stuhl.

Die Festigung der Verhältnisse im Staate anstrebt, wie die Regierung Anstrengungen unternimmt, daß der Vertrag mit dem Apostolischen Stuhl dem Art. 114 der Verfassung vorgelesen ist, und der das Verhältnis des Staates zur Kirche regelt, in kürzester Zeit zustande kommt und dem hohen Sejm zur Ratifizierung vorgelegt wird.

Die Rechte der nationalen Minderheiten.

In unserer Verfassung sind allen nationalen Minderheiten die ihnen zustehenden Rechte gesichert, und insofern wir sie fest und unanachgiebig befolgen werden, damit der polnische Bürger ohne Vorbehalt auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit steht, ist es andererseits unser Grundsatz, daß jeder Bürger des polnischen Staates sich in ihm national und kulturell zu Hause fühlen soll. Unsere Verfassung dagegen sichert unseren nationalen Minderheiten diese Möglichkeit.

Die Verwaltung des Staates.

Eine der wichtigsten Sorgen dieser Regierung ist die Verbilligung der staatlichen Verwaltung. Sie hat bei uns sehr viele Mängel. Wo und wann in der Welt wurde in so kurzer Zeit eine moderne komplizierte Verfassung eines beinahe 30 Millionen umfassenden Staates geschaffen, und zwar unter solchen Verhältnissen und auf Gebieten, die der Krieg vernichtete? Wir haben kein Beispiel in der Geschichte dafür und deshalb auch keine Ursache zum Pessimismus bezüglich unserer Verwaltung. Die Regierung tut alles, was zu ihrer schnellsten Verbilligung, besonders in den Grenzgebieten, nötig ist und verliert nicht das Vertrauen, daß sie sich zu einer guten Verwaltungsinstitution ausbilden wird. Wenn ich von der Verwaltung spreche, so muß ich an jene denken, deren Tätigkeit hierüber entscheidet.

Die materielle Lage der Beamten.

Die Regierung, welche von den Beamten fordert, daß sie alle ihre Kräfte dem Staate zur Verfügung stellen, wendet ihre sorgfältigste Aufmerksamkeit auf die materielle Lage der Beamten und behält zugleich die Finanzlage des Staates im Auge. Die hervorzuhebende Aufgabe des Justizwesens voll einschneidend, wird die Regierung sich in gleichem Maße mit der Lage der Richter befassen.

Die Vereinheitlichung des Gerichtswesens.

Wenn ich schon vom Gerichtswesen spreche, so lenke ich die Aufmerksamkeit auf das Bestreben der Regierung zur Vereinheitlichung des Justizwesens, zur Vereinigung von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, die mit den Bedürfnissen des polnischen

Lebens nicht im Einklang stehen, zur Erleichterung und Beschleunigung der Strafmessung durch Hebung der Kompetenzen der Friedensgerichte.

Die Durchführung der Wahlen.

Schließlich ist es unsere größte Sorge und wichtigste Aufgabe, die Durchführung der Wahlen zum künftigen Sejm zu dem vom Sejm im Herbst beschlossenen Termine vorzubereiten. Es wird dies unsere Hauptaufgabe sein. Die Regierung wird die Wahlen einzig und allein unter dem Gesichtspunkt des Staatswohls unparteiisch und mit bis ins kleinste gehender politischer Unparteilichkeit durchführen. (Bravo-Rufe. Abg. Kossiet: Was bedeutet der erste Ausspruch?) Wir werden jedem Bürger die Freiheit der Meinungsäußerung sichern und werden jeden Übergriff unterdrücken, von wo er auch komme. Wir stehen einem Sejm gegenüber, der sich in politische Parteien spaltet, von denen jede auf ihre Weise bestrebt ist, ihre Ideale zum Wohle des Vaterlandes zu erfüllen. Ein Volk oder ein Staat, der nur eine politische Partei hätte, würde sehr schnell in Anarchie verfallen, und das Bestehen verschiedener politischer Richtungen ist unzweifelhaft eine der entscheidenden Lebenserscheinungen und eine, wenn ich mich so ausdrücken darf, staatliche Notwendigkeit. Was aber für den Staat weniger nützlich ist, das ist die unnötige Zersplitterung der politischen Ideen auf eine allzu große Menge von Parteien.

Die Politik der Regierung.

Was die Regierung betrifft, so kann der hohe Sejm versichert sein, daß wir keine Parteipolitik treiben werden, daß wir aber jeder der Parteien für Anregungen dankbar sein werden, die dem Staate zum Vorteil gereichen. Wir sind eine außerparlamentarische Regierung und sind uns darüber klar, daß wir keine größere Unterstützung und nicht die Unterstützung haben können, wie sie parlamentarischen Regierungen zufällt. Weil jedoch eine parlamentarische Regierung gegenwärtig nicht zustande kommen konnte, der Staat aber ohne Regierung nicht bestehen kann, mußte die drohende Lücke durch eine außerparlamentarische Regierung zur Erledigung der staatlichen Notwendigkeiten ausgefüllt werden. Als eine solche Regierung haben wir das Recht, uns an den hohen Sejm mit der Bitte zu wenden, uns die Unterstützung zu gewähren (Stimme auf der Rechten: Ohne Makowski!), die zur Durchführung, wenn auch nur der notwendigsten staatlichen Maßnahmen, unumgänglich notwendig ist.

Schluss der Rede.

In meiner Rede berührte ich viele Aufgaben von besonderer Bedeutung nicht, aber ich tat dieses mit Bewußtsein, da ich in meinem heutigen Exposé vor allen Dingen jene Angelegenheiten betonen wollte, mit denen sich in erster Linie die Regierung befassen muß. Im übrigen wird die Regierung sich später mit ihnen im Einvernehmen mit den bindenden Gesetzen und Beschlüssen des hohen Sejms befassen. Nach den Wahlen, wenn sich der neue Sejm versammelt wird, werden Sie, meine Herren, als verjungte Abgeordnete (Heiterkeit) die Anschauungen der Regierung über alle Fragen hören, die das gesamte Staatsleben betreffen. Die gegenwärtige Regierung wird sich auf die genannten grundsätzlichen Leitaufgaben beschränken und legt sie dem hohen Sejm vor. (Bravorufe.)

Eine 50 Millionen Dollaranleihe für Polen.

Warschau, 4. August. Der Abg. Dr. Radziszewski, der vom Finanzministerium aus in Paris um eine amerikanische Anleihe nachsuchte, erhielt vorgestern aus New York ein Schreiben von Pease, dem ehemaligen Mitglied der amerikanischen Finanzkommission im Versailler Friedenskongress, welches die Nachricht bringt, daß Polen die geforderte Anleihe von 50 Millionen Dollar auf Grund des Vertrages, der am 14. Mai d. J. in Paris zwischen dem Dr. Radziszewski und dem amerikanischen Bevollmächtigten Osen geschlossen wurde, erhalten könne. Zu diesem Zweck wurden nach Europa zwei Delegierte des amerikanischen Konsortiums, und zwar die Herren Curtis und Beer, geschickt. Herr Radziszewski teilte sofort den Inhalt dieses Schreibens dem Finanzminister Jastrzebski mit.

Die Vorbereitung der Wahlen.

Wojewoden- und Starostenversammlungen über die Technik der Wahlen.

Am 31. Juli fand unter Vorsitz des Ministers Kamieński eine Konferenz der Departementsdirektoren des Innenministeriums über die technische Seite der Wahlaktion statt. Es wurde bestimmt, am 8. August eine Wojewodenversammlung abzuhalten. Ferner wurden die Wojewoden ersucht, in jeder Wojewodschaft eine Zusammenkunft der Starosten zwischen dem 10. und 15. August einzuberufen. Auch wurde die Verteilung der Wahlbezirke angeordnet.

Das Dekret über die Ausschreibung der Wahlen.

Aus gut unterrichteten Kreisen erfährt der „Kurjer“ die Nachricht, daß das Dekret des Staatspräsidenten über die Ausschreibung der Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften höchstwahrscheinlich am 18. d. Mts. veröffentlicht werden wird.

Die Erben von Sentenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

Amerikanisches Copyright 1918 by Greiner u. Co., Berlin W. 30.

(60. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Als Monat um Monat verstrich, ohne daß jemand danach gefragt hätte, machte sie doch die Anzeige bei der Polizei. Man forschte nach „Flora Miller“, erließ zweimal Aufrufe in den Zeitungen und meinte dann, da auch in Hamburg nichts von einer „Flora Miller“ bekannt war, das Kind sei wohl einfach in Stich gelassen worden und müsse nun eben ins Waisenhaus, falls Frau Eisler es nicht aus Barmherzigkeit behalten wollte.

Die Eisler behielt das Kind, sie hatte es lieb gewonnen, und es sollte gar nie erfahren, daß sie nicht seine wirkliche Mutter sei.

Als ihr Mann ein paar Jahre später starb, übersiedelte sie nach Graz, wo sie in Mutter Rahl ihre einzige noch lebende Verwandte besaß.

Bis dahin war Anna Bardolf, die längst einen anderen Posten gefunden hatte, öfter zu ihr gekommen. Nachher hörte der Verkehr auf. Bis die Bardolf wieder eines Tages einen Brief der Eisler bekam, worin diese sie bat, ihr als einzige Zeugin der Art und Weise, wie Felix Miller in ihre Obhut gekommen war, die einzelnen Umstände schriftlich zu bestätigen.

Ihre Verwandte, Mutter Rahl, die das Kind gleichfalls sehr lieb gewonnen hatte, sei nämlich der Meinung, es könnte vielleicht doch noch Verwandte des Kindes existieren, und man könne nicht ermessen, welcher Schaden dem kleinen Felix zugefügt worden sei, indem man ihn so völlig über seine Familie im Dunkeln ließe. Zwei arme, einfache Frauen wie sie, könnten freilich nichts ausrichten, und die Polizei wollten sie keinesfalls in Anspruch nehmen, denn wenn nichts herauskäme, würde dem Kinde nur unnötig eine Enttäuſchung bereitet. Aber später, wenn er erwachsen sei, und

wird. Die Verzögerung wird damit begründet, daß das Dekret nicht vor der Veröffentlichung des Gesetzes über die Wahlordnung im Dziennik Ustaw veröffentlicht werden kann. Augenblicklich ist die Sejmkanzlei intensiv damit beschäftigt, den entgültigen Text des Gesetzes festzulegen, an dem im Laufe der Sejmberatungen zahlreiche Änderungen vorgenommen wurden.

Aus Polen.

Verhaftung von Bolschewisten.

Warschau, 3. August. Am Dienstag sollen auf dem Ostbahnhof einige Bolschewisten verhaftet worden sein, die nach Polen gekommen sind, um hier Propaganda zu treiben.

Kongress der Polen Lettlands.

Riga, 2. August. Am 6. August findet in Dünaburg ein allgemeiner Polenkongress statt, um dem Polenbunde in Lettland den Namen „Polenverband in Lettland“ zu geben. Der neu gewählte Vorstand wird polnische Kandidaturen zum lettischen Sejm aufstellen. Es wird die Möglichkeit der Wahl von drei Polen erwogen.

Italienischer Besuch in Warschau.

Im Laufe dieses Monats wird auf Einladung der Christlich-Demokraten der Generalsekretär der italienischen Popolari in Warschau eintreffen und eine Reihe von Vorlesungen über politisch-soziale Thematika halten.

Wojewodenwechsel in Lemberg?

Das hiesige jüdische Blatt „Chwila“ meldet, daß der Wojewode Grabski die Absicht hat, den Posten als Wojewode von Lemberg aufzugeben und nach dem Verwaltungsgerichtshof in Warschau überzusiedeln. Seinen Posten soll der frühere Hofrat Schultis einnehmen. Dasselbe Blatt meldet ferner, daß der frühere Ministerpräsident Skiwinski ebenfalls Kandidat auf den Posten des Lemberger Wojewoden sein soll.

Militärische Inspektion durch General Sikorski.

Warschau, 2. August. Am 1. d. M. hat General Sikorski, der Chef des Generalstabs, eine Inspektion der Abteilungen in den Westgebieten durchgeführt.

Aus Oberschlesien.

Der Postverkehr mit Oberschlesien.

Nachdem die Postanstalten im polnischen Abstimmungsgebiet Oberschlesiens an die polnische Postverwaltung übergeben worden sind, gelten für den Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit diesem Gebiet die Bestimmungen des Genfer Abkommens. Dieses unterscheidet zwischen dem Verkehr innerhalb des bisherigen Abstimmungsgebietes und dem Verkehr zwischen dem übrigen Deutschland und Polnisch-Oberschlesien. Im Verkehr zwischen Deutschland und Polnisch-Oberschlesien wird der Postverkehr nach den bisherigen innerdeutschen Vorschriften fortgeführt. Im Telegrammverkehr beträgt die Wortgebühr 2,10 M., im Fernsprechverkehr gelten die innerdeutschen Gebühren. Der Verkehr zwischen dem übrigen Deutschland und Polnisch-Oberschlesien gilt grundsätzlich als Auslandsverkehr, doch werden alle bisherigen Dienstwege aufrecht erhalten. Nur Postprotektaufträge, Briefe mit Zustellungsurkunde und Päckchen sind bis auf weiteres nicht zugelassen. Die Wortgebühr eines Telegramms beträgt 12,60 M. Im Fernsprechverkehr bleiben die Sätze des innerdeutschen Verkehrs in Kraft.

Die wirtschaftliche Krise.

Kattowitz, 3. August. Die „Gazeta Robotnicza“ beweist in einem ausführlichen Artikel, daß die wichtigste Angelegenheit gegenwärtig die Verpflegung der Arbeitermassen sei. Jetzt herrscht hier eine große Verarmung und Mangel an Nahrungsmitteln. Infolge des Warenmangels beabsichtigen die Grundbesitzer die Zahl der Arbeitsstunden herabzusetzen. Die Arbeiter verschiedener Parteien fordern die Wojewodschaften auf, die Verpflegung sicherzustellen und Kartoffelvorräte anzuhäufen. Außerdem fordern sie die Durchführung von Betriebsratswahlen auf solche Weise, daß die Gewählten das Recht haben sollen, dem Aufsichtsrat anzugehören.

Aus Italien.

Rundgebung de Factas.

Rom, 3. August. Ministerpräsident de Facta gab folgende Erklärung ab: Die Leitung der Regierung ist mir zum zweiten Male übertragen worden in einem Augenblick, in welchem mehr als jemals der Staat die Einheit aller derjenigen braucht, die aufrichtig dem Vaterlande dienen wollen. Die Gärungen, welche den inneren Frieden stören, gleichgültig, von welcher Partei sie ausgehen mögen, schaden dem Wohl des Volkes. Der Staat muß Vertrauen haben zu den Arbeiten und der Verantwortlichkeit der Regierung, welche sich nach der Gerechtigkeit richten muß, die gleich ist für alle.

Eine englische Aktion zur Rettung der europäischen Lage.

Aus dem Vortragslaut der englischen Note an die übrigen Alliierten.

Amsterdam, 2. August. Aus London wird gemeldet: Eine äußerst bedeutungsvolle Wendung der englischen Politik bedeutet die den Regierungen der verbündeten Länder übermittelte Note der englischen Regierung. In dieser Note wird ausgeführt, daß die englische Regierung im Inneren überzeugt sei von dem wirtschaftlichen Unrecht, das der Welt durch den gegenwärtigen Stand der Dinge zugefügt wird.

Großbritannien würde sich zum Aufbruch aller weiteren Ansprüche auf die deutschen Reparationsleistungen und aller Forderungen auf Rückzahlung der Schulden seiner Verbündeten verstehen, falls ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bilde, der sich mit dem großen Problem im ganzen befasse und zu einer befriedigenden Lösung gelange. Nach Meinung der britischen Regierung wäre eine allgemeine Regelung von größerem Wert für die Menschheit als irgend welche Gewinne, die ihr aus einer erfolgreichen Erzwangung vertraglicher Verpflichtungen erwachsen könnten.

Die Note, die das Datum des 1. August trägt und von Lord Balfour, dem gegenwärtigen Außenminister, unterzeichnet ist, wurde den Regierungen Frankreichs, Italiens, Serbiens, Rumaniens, Portugals und Griechenlands übermittelt.

Die Bedeutung der Note Balfours.

Berlin, 3. August. Der Berliner „Tag“ schreibt über diese Note: Die Note Balfours ist eine politische Tat von großer Tragweite. Da man sowohl in London als auch in Washington über den wahren Charakter der französischen Politik wohl nicht mehr im Zweifel war, hielt man den Augenblick für gekommen, einen Gegenschlag zu führen. In außerordentlich geschickter Form verknüpft die britische Regierung die allgemeine Verschuldung der alliierten Staaten und Nordamerikas mit der Frage der deutschen Reparationen. Für uns ist der letzte Absatz natürlich der bedeutungsvollste, weil er eine unmittelbare Entgegnung auf die französischen Gewaltforderungen darstellt. Wir können also damit rechnen, daß die britische Regierung uns wenigstens diplomatisch unterstützt, wenn wir ein Eingehen auf die französischen Forderungen ablehnen, und dadurch womöglich französischer Gewaltanwendung ausgesetzt werden. Etwas anderes ist es jedoch, ob England so weit gehen wird, aus einem diplomatischen Manöver eine tatsächliche Unterstützung mit den Machtmitteln des britischen Reiches zu machen.

Daß die Aufstellung der Verschuldungsfrage im gegenwärtigen Augenblick auch ihre Schattenseiten hat, zeigt die schlagfertige Antwort der französischen Presse. Chaubinsien wie Bertinaz ziehen selbstverständlich nur die Folgerung daraus, daß die Eintreibung deutscher Schulden mit Gewalt für Frankreich nun noch viel wichtiger sei als vorher, da es ja nach englischem Wunsch gezwungen werde, seine Schulden an England und Amerika zu verzinsen und zu amortisieren. Trotzdem dies ein Trugschluss ist, aus dem einfachen Grunde, weil sich auch mit Bajonetten aus Deutschland nichts herauspressen läßt, was nicht vorhanden ist, wird in den Kreisen des Nationalen Blochs wenig verfangen, und von ihm wird nun einmal die französische Politik gemacht.

Deutschlands Bankrott.

Deutschlands Verhalten gegenüber der Note Poincarés.

Berlin, 3. August. Nachdem um 1 Uhr eine Chefbesprechung stattgefunden hatte, um zu der brutalen Note Poincarés Stellung zu nehmen, trat später auch das Kabinett zusammen mit dem gleichen Thema. Aber die Maßnahmen, die Poincaré bei ablehnender Haltung Deutschlands in Aussicht genommen haben soll und die nach Partier Blättermeldungen nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher und finanzieller Art sein sollen, ist dem Kabinett noch nichts bekannt.

Wie uns von zuständiger Seite erklärt wird, ist die Haltung der Regierung nach wie vor unverändert. Einige Hoffnung schöpft man in Regierungskreisen aus der Nachricht, nach der England sich unter Umständen zur Aufgabe aller weiteren Ansprüche auf die deutschen Reparationsleistungen und auf alle Forderungen auf Rückzahlung der Schulden seiner Verbündeten verstehen würde, falls ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bilde, der sich mit dem großen Problem im ganzen befasse und zu einer befriedigenden Lösung gelange. Daß in England schon seit langem sich Bestrebungen in dieser Richtung durchzusetzen versuchen, ist dem Auswärtigen Amt nichts Neues. Bisher jedoch ohne erkennbaren Erfolg. Man ist deshalb auch in Regierungskreisen der Meinung, daß man aus der englischen Note noch keine großen Hoffnungen schöpfen könne. Doch glaube man, sich der Tatsache nicht verschließen zu dürfen, daß in diesem Fall eine Verständigung zwischen den beiden angestrebten Weltmächten erfolgt sei. Die Stimmung in hiesigen zuständigen Kreisen ist die, daß das Deutsche Reich heute keine Stimme mehr in dem Chor der Großmächte habe und zur passiven Rolle verurteilt sei.

eine sichere Lebensstellung einnahme, dann wollten sie ihm alles sagen, und er könne dann selbst Nachforschungen anstellen.

Sie wollten bis dahin sparen, so viel es ginge, damit er die nötigen Mittel dazu in der Hand habe. Sie — die Eisler — habe zu diesem Behuf alles, was sie über Flora Miller und deren Kind wisse, bereits zu Papier gebracht. Aber es wäre gut, wenn sie in Frau Bardolfs Aussage eine schriftliche Bestätigung beifügen könne. Dies und das Geld, das Mutter Rahl später beisteuern wollte, würden dann Felix wohl in den Stand setzen, seine Herkunft zu ermitteln.

Anna Bardolf schickte umgehend eine genaue Darstellung der ihr bekannten Tatsachen. Bald danach heiratete sie und hörte nie mehr etwas von Frau Eisler.

Wußte Trine Ronal denn nicht durch die Hublat später von diesem Vorhaben der Eisler? Sie hätte ihr doch zu Hilfe kommen können!

„Die Hublat hat nie zu ihr darüber gesprochen. Vielleicht weil sie dachte, Trine wisse ja sicher mehr als sie selbst, sonst hätte sie es ihr wohl erzählt, vielleicht weil ihr ganzer Verkehr in Dauba sich auf zufällige flüchtige Begegnungen beschränkte.“

Der Untersuchungsrichter war aufgestanden und ging in Nachdenken versunken, auf und ab.

XXVII.

„Wo ist das seinerzeit ausgestellte Zeugnis der Bardolf-Hublat und wo sind die Briefe der „Flora Miller“ hingekommen?“ fragte endlich der Untersuchungsrichter Hempel. „Glaubst Du, daß es dies war, wonach der Mörder bei der Rahl suchte?“

„Sicherlich. Daran kann nicht der leiseste Zweifel bestehen. Er kam hierher, um zu erforschen, ob Eisler etwas von seiner Herkunft wisse und wohin die beiden Briefe seiner Mutter gekommen. Erst versuchte er den sichersten Weg: er wollte Eisler überhaupt aus der Welt schaffen. Als dies

nicht gelang, und ein Zufall ihm verriet, daß Eisler selbst noch nichts wisse, Mutter Rahl aber mit der Idee umgehe, es ihm an seinem vierundzwanzigsten Geburtstag mitzuteilen, — schaffte er rasch entschlossen sie aus dem Wege. Jene Worte der Rahl, damals am Abend ihres Todes, als sie von Eisler Abschied nahm. — Du erinnerst Dich!“

„Ja. Sie sagte, daß sie ihn an seinem Geburtstag in Buchwald besuchen und überraschende Mitteilungen machen wollte.“ „Sie enthielten ahnungslos ihr eigenes Todesurteil!“

„Silas! Diese Worte konnte nur ein einziger Mensch gehört haben —“

„Ganz richtig. Der als Dr. Richter im Erdgeschoss wohnende Mieter. Er ist der Mörder! Während die Rahl ihrem Patentkind noch bis ans Gartentor das Geleit gab, schlich er hinauf in ihre Wohnung und erschlug sie in dem Moment, als sie wieder eintrat.“

„Schrecklich! Und wir hatten diesen Menschen in Händen und ließen ihn laufen!“

„Tröste Dich. Ich hatte ihn seitdem ein paarmal in Händen und mußte ihn auch laufen lassen.“

„Du? Dr. Wasmuth strich sich verwirrt über die Stirn. „Nachher? Hat mir nicht Kommissar Erkinger kürzlich einmal von einem Toten am Praterpflöck erzählt, der —“

„Es war nicht Dr. Richter. Er sollte nur von der Spur ablenken. Übrigens war Dr. Richter auch an diesem Mord beteiligt. Ausgeführt hat ihn sein böser Genius, der den ganzen Plan offenbar erdachte und seinerzeit hier als Arthur Winterfeld aus Berlin auftrat.“

„Der Alte mit dem grauen Bart?“

„Ja. Der die Rahlische Wohnung zwei Nächte lang durchsuchte und die Papiere wahrscheinlich auch glücklich gefunden hat.“

„Wo ist er?“

„Wenn ich das wüßte! Es ist das einzige, was mir nicht gelungen ist, festzustellen. Der Mensch ist wie spurlos vom Erdboden verschwunden.“ (Fortsetzung folgt.)

Es handelt sich hier, wie von amtlicher Stelle erklärt wird, um ein interne Angelegenheit der Alliierten. Deutschland muß daher abwarten, was die Gegenseite beschließt und befehlt. Für die deutsche Regierung ist ausschlaggebend, daß der katastrophale Sturz der Mark andauert, und daß sie daher keine Möglichkeiten hat, sie zu bezahlen.

Die Londoner Konferenz.

London, 2. August. Auf seiner Reise nach London wird Poincaré vom französischen Finanzminister und zwei Mitarbeitern begleitet werden. Im Namen Italiens werden der italienische Gesandte in London, de Martino, und Giulini fungieren. Die Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George soll nicht länger als zwei bis drei Tage dauern. Poincaré hat am Dienstag die englische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich mit dem 7. August als Termin für die Konferenz über die Reparationsfrage einverstanden erklärt.

Feste Haltung Bulgariens in der Reparationsfrage.

Sofia, 2. August. Die Entschädigungskommission hat in der bulgarischen Presse ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem betont wird, daß die Note der Kommission, die am 2. Juli eingehängt worden ist, nicht als Ultimatum zu betrachten sei. Die Kommission hatte Bulgarien teilweise Zahlungsausschub unter der Bedingung gewährt, daß die bulgarische Nationalversammlung vor dem 20. Juli die bekannte Konvention annimmt, die jedoch von der bulgarischen Regierung abgelehnt worden ist. Die Kommission gibt die Ablehnung Bulgariens zur Kenntnis und wünscht, daß Bulgarien seine Gegenanträge macht. Die bulgarische öffentliche Meinung steht in der Haltung der Kommission einen Anschlag auf die souveränen Rechte Bulgariens. Die Kommission erklärt, daß der von der Gesamtheit der Einkünfte Bulgariens für die Abzahlung der Entschädigungen bestimmte Teil nach dem Grundsatz größter Ermäßigung festgesetzt wird. Die Kommission erklärt ferner, daß die Verhandlungen zwischen ihr und der bulgarischen Regierung keineswegs abgebrochen sind.

Griechenland.

Die Alliierten verbieten den Marsch auf Konstantinopel.

London, 1. August. In der Antwort auf die griechische Note, die die Forderung enthält, Griechenland zum Marsch auf Konstantinopel zu ermächtigen, haben die Alliierten die griechische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß alle Bemühungen, diese Stadt mit bewaffneter Hand in Besitz zu nehmen, als feindlicher Akt gegen die Alliierten angesehen werden. In dieser Angelegenheit ist zwischen den alliierten Regierungen ein Notenwechsel erfolgt. Die Regierungen haben sich über die Haltung gegenüber der Drohung König Konstantins verständigt.

Misträuen der Alliierten.

Paris, 2. August. Es verlautet, daß in politischen Kreisen Beunruhigung herrscht über die Vorfälle im Osten. Die Proklamierung der Autonomie von Smyrna und weitere Konzentration von griechischen Streitkräften an der Tschataldjaline weist darauf hin, daß Griechenland nicht daran denkt, auf die Befehle von Konstantinopel zu verzichten. Sämtliche Koalitionskräfte haben an Griechenland ein Ultimatum gerichtet, in dem sie fordern, daß Griechenland auf seine bisherige Politik in Kleinasien verzichten und seine Streitkräfte in Thrazien zur Normalhöhe herabziehen soll. Falls dieses Ultimatum abgelehnt werden soll, werden die griechischen Häfen blockiert.

Weitere kriegerische Maßnahmen der Griechen.

Berlin, 2. August. Aus türkischer Quelle wird gemeldet, daß die Griechen weiterhin Truppen in Thrazien und an der Tschataldjaline konzentrieren, wo sich schon 10 000 Griechen befinden. Zwei griechische Torpedoboote mit Spitalschiffen sind aus dem Bosporus nach dem Schwarzen Meer ausgelaufen.

Schiedspruch der Alliierten?

Berlin, 2. August. In athensischen politischen Kreisen wird mit der Möglichkeit eines Waffenstillstands zwischen den Griechen und den Alliierten nicht gerechnet. Dort herrscht die Meinung vor, daß die Liquidierung des griechisch-türkischen Konflikts durch einen Schiedspruch der Alliierten erfolgen wird, auf Grund dessen die Nationalbestrebungen Griechenlands in Kleinasien anerkannt werden.

Paritätität der Griechen.

Berlin, 3. August. Gestern ist Griechenland die Antwort der Koalition überreicht worden, in der erklärt wird, daß jeder Versuch Griechenlands, Konstantinopel zu besetzen, mit Gewalt abgewehrt werden wird. Das griechische Kabinett hat beschlossen, eine neue Note an die Alliierten abzugeben, die nochmals die unbedingte Notwendigkeit der Befreiung Konstantinopels betont. Trotz energischer Bemühungen der Alliierten herrscht in Konstantinopel Aufregung, und die Bevölkerung verläßt die bedrohten Gebiete. Von der Tschataldjaline wird von tagtäglichen Gefechten zwischen türkischen Gendarmen und griechischen Vorposten berichtet.

Sowjetrußland.

Neues Schandurteil der Bolschewisten.

Moskau, 2. August. Der Prozeß gegen die Mitglieder der eplandischen Optionskommission ist beendet worden. 9 sind zum Tode und 20 zu Gefängnisstrafe verurteilt worden. 13 sind freigesprochen worden.

Die Messe von Nischni-Nowgorod erneuert.

Lemberg, 2. August. Die „Gazeta Poranna“ meldet, daß sich die Sowjets entschlossen haben, die in ganz Europa bekannten Messen in Nischni-Nowgorod wieder aufzunehmen. Die Messe soll vom 31. August bis zum 15. September dauern. Die Sowjets haben für die Zeit der Messe eine Flugzeugverbindung zwischen Moskau und Nischni-Nowgorod eingeführt.

Kommunistische Presseschule.

Moskau, 2. August. Hier wird eine kommunistische Presseschule gebildet. Es wird eine Schule sein, die bolschewistische Journalisten heranzubildet. Der volle Lehrkurs soll drei Jahre dauern. Die Vorlesungen beginnen am 15. September.

Freizügigkeit der Kommunisten aufgehoben.

Riga, 1. August. Das Exekutiv-Komitee der kommunistischen Partei Rußlands hat den Parteimitgliedern verboten, ohne Genehmigung des Vorstehenden des örtlichen Parteikomitees ihren Wohnsitz zu verlassen. Alle Auslands- und Urlaubsreisen sind verboten. Diese Verfügung wird mit der schweren Übergangszeit und der Notwendigkeit begründet. Personen zur Verfügung zu haben, die der Sowjetregierung ergeben sind. Diese fürchtet in Anbetracht der ziemlich geringen Güter in allen Schichten der Bevölkerung, daß es zu verschiedenen offenen Aktionen kommen könne, wie dies im Juni und Juli in der Provinz der Fall war.

Der Vorentwurf der Sowjets.

Moskau, 1. August. Nach den Angaben des Haushaltsvoranschlags der Sowjetregierung sind die Einnahmen mit 360 Trillionen 200 Milliarden Sowjetrubel, die Ausgaben mit 760 Trillionen 449 Milliarden 670 Millionen Sowjetrubel vorgesehen. Der Haushaltsvoranschlag für Militär und Marine beträgt gegen 74 Trillionen 752 Milliarden 738 Millionen.

Die Wahlordnung zum Sejm und Senat.

In den Vollzügen am 27. und 28. Juli hat der Gesetzgebende Sejm in dritter Lesung das Gesetz über die Wahlordnung endgültig angenommen.

Die Sejm-Wahlordnung.

Die grundsätzlichen Bestimmungen der Sejm-Wahlordnung, auf die sich im Prinzip die Senats-Wahlordnung stützt, sind:

Aktives Wahlrecht.

Das Recht der Wahl von Sejmabgeordneten steht im Sinne des Art. 1 jedem polnischen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts zu, der am Tage der Veröffentlichung der Wahlen sein 21. Lebensjahr beendet hat. Ausgenommen sind aktive Militärpersonen. Das Wahlrecht steht jedem Bürger nur persönlich zu. Von ihm kann ausschließlich in dem Wahlbezirk Gebrauch gemacht werden, in dem der Wähler am Tage der Veröffentlichung der Wahlen im „Dziennik Ustaw“ schon einen Tag gewohnt hat. Nicht wahlberechtigt sind: die Unmündigen, die bankrotten Schuldner, diejenigen, die entmündigt sind, die vor Gericht Verurteilten überhaupt und diejenigen, die für Vergehen verurteilt sind, die im Art. 3 des Gesetzes ersichtlich sind.

Passives Wahlrecht.

Das Recht, in den Sejm gewählt werden zu können, steht unabhängig vom Wohnort allen Staatsbürgern zu, die bis zum Tage der Bekanntmachung der Wahlen ihr 25. Lebensjahr vollendet haben. Staatsbeamte und Richter können in denjenigen Bezirken, in denen sie Dienst tun, nicht gewählt werden. Das betrifft jedoch nicht die Beamten, die bei Zentralbehörden Dienst tun.

Die Zahl der Abgeordneten und die Wahlbezirke.

Im ganzen Gebiete des Staates werden 444 Sejmabgeordnete gewählt. Wenn man als Bevölkerungsziffer der Republik Polen nach der letzten Volkszählung die Zahl 29 911 027 nimmt, in der Oberschlesien und das Wilnaer Gebiet mit einbezogen sind, dann kommt auf ungefähr 60 000 Einwohner je 1 Abgeordneter. 372 Abgeordnete werden direkt aus den Listen gewählt, die in den Wahlbezirken aufgestellt werden; die übrigen 72 entfallen auf die Staatslisten, d. h. auf die Listen, die das ganze Staatsgebiet umfassen. Zwecks Durchführung der Wahlen wird der Staat in 64 Wahlbezirke eingeteilt. Auf jeden Bezirk, der zwecks technischer Durchführung der Abstimmung in Abstimmungsbezirke geteilt ist, kommen 3–10 Abgeordnete, auf die Stadt Warschau als Sonderbezirk 13 Abgeordnete.

Die Wahlausschüsse.

Zur Durchführung der Wahlen werden eingesetzt: 1. Der Staats-Wahlausschuss, der sich aus dem General-Wahlkommissar, der den Vorsitz führt und vom Staatspräsidenten auf Antrag des Ministerpräsidenten aus der Mitte dreier Kandidaten ernannt wird, die durch eine Versammlung der Präsidenten des Obersten Gerichtshofs aufgestellt werden, und 8 weiteren Mitgliedern zusammensetzt, die dem General-Wahlkommissar von den 8 stärksten Parteien des zurücktretenden Sejm vorgeschlagen werden. 2. Bezirks-Wahlausschüsse, die sich aus einem Richter als Vorsitzenden, der vom General-Wahlkommissar auf Antrag des betreffenden Vorsitzenden des Appellationsgerichts ernannt wird, und 5 weiteren Mitgliedern zusammensetzt, von denen 1 Mitglied vom betreffenden Wojewoden ernannt wird. Die übrigen 4 Mitglieder werden von Selbstverwaltungsorganen gewählt (Stadtvorordnetenversammlungen, Kreiswahlschüsse).

3. Distrikts-Wahlausschüsse (für jeden Abstimmungsbezirk), die sich aus dem Vorsitzenden, der vom Bezirks-Wahlausschuss ernannt wird, und 4 weiteren Mitgliedern zusammensetzt, von denen ein Mitglied von der Verwaltungsbehörde erster Instanz ernannt wird. Die übrigen drei werden von den betreffenden Gemeinderäten gewählt. Die allgemeine Aufsicht über die Wahlfunktionen übt der General-Wahlkommissar aus. Bei den Bezirks-Wahlausschüssen werden als Aufsichtsbeamte vom Innenminister ernannte Wahlkommissare fungieren. Mitglieder aller Wahlausschüsse können nur Personen sein, die das aktive Wahlrecht besitzen und polnisch lesen und schreiben können. Kandidaten können nicht Mitglieder der Ausschüsse sein.

Die Kandidatenlisten.

Die Kandidatenlisten werden von mindestens 50 Wählern zu Händen des Vorsitzenden des Bezirks-Wahlausschusses spätestens 30 Tage vor dem Wahltag eingereicht. Gleichzeitig muß in einer schriftlichen Erklärung der Bevollmächtigte der betreffenden Liste abgegeben werden. Die Namen der Kandidaten müssen in den Listen mit laufenden Nummern versehen und nach dem Erstrecht der Mandatsübernahme geordnet sein. Die Staatslisten müssen schriftlich zu Händen des General-Wahlkommissars spätestens 40 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Die eingereichten Listen müssen von mindestens 5 Abgeordneten (Senatoren) des zurücktretenden Sejm (Senats) oder von mindestens 1000 Wählern aus zwei Wahlbezirken, zu mindestens 500 aus jedem Bezirk, unterschrieben sein. Die Zahl der Kandidaten auf der Staatsliste darf nicht 100 überschreiten. Die Angliederung der Bezirkslisten an die Staatslisten erfolgt auf die Weise, daß jeder Bevollmächtigte der Bezirks-Kandidatenliste zu Händen des Vorsitzenden des Bezirks-Wahlausschusses eine schriftliche Erklärung einreichen kann, daß er seine Liste an die bezeichnete Staatsliste anschließt, falls die Listen in ihren Titeln übereinstimmen.

Die Abstimmung.

Die Abstimmung findet im Laufe eines Tages, und zwar von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends im Lokal des Distrikts-Wahlausschusses mit Hilfe von weißen Wahlzetteln statt, auf den der Wähler mit Worten oder Ziffern die Nummer der von ihm gewählten Kandidatenliste schreibt, wonach er ihn in einen besonders abgestempelten weißen Umschlag legt, den er im Wahllokal erhält, und dem Vorsitzenden des Ausschusses übergibt, der dann den Umschlag nach Prüfung des Stempels in die Wahlurne wirft.

Die Verteilung der Mandate.

Die Abstimmungsergebnisse werden in den einzelnen Distrikten von den Distrikts-Wahlausschüssen festgestellt, indem sie die für die einzelnen Kandidatenlisten abgegebenen Stimmen zusammenzählen.

Ein im Distrikts-Wahlausschuss aufgenommenes eingehendes Protokoll über die Stimmenzählung wird unverzüglich an den betreffenden Bezirks-Wahlausschuss geschickt, der spätestens am dritten Tage nach der Abstimmung zu einer Sitzung zusammenkommt, um das Abstimmungsergebnis im Bezirk festzustellen, indem er die in allen Distrikten für die einzelnen Kandidatenlisten abgegebenen Stimmen zusammenzählt, wonach er die Verteilung der Mandate nach dem de Hondt-System vornimmt. Im Folgenden soll ein Beispiel angeführt werden:

Nehmen wir an, daß in einem Bezirk, für den 6 Mandate festgesetzt worden sind, 4 Kandidatenlisten eingereicht worden sind, die der Reihe nach die Nummern 1, 2, 3, 4 tragen. Nehmen wir weiter an, daß auf die Liste Nr. 1 im ganzen Bezirk 89 448 gültige Stimmen abgegeben worden sind, auf die Liste Nr. 2 — 62 700, auf die Liste Nr. 3 — 38 640 und auf die Liste Nr. 4 — 18 720. Man schreibt nun diese Zahlen in einer Reihe hin und teilt sie dann durch 1, 2, 3 usw., etwa so:

Geteilt durch	Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3	Nr. 4
	Quotienten			
1	89 448	62 700	38 640	18 720
2	44 724	31 350	19 320	9 360
3	29 816	20 900	12 880	6 240

Dann schreibt man die sechs (bzw. zwölf Mandate werden verteilt) höchsten Quotienten auf, also: 89 448, 62 700, 44 724, 38 640, 31 350 und 29 816. Der 1., 3. und 6. Quotient findet der 1. Rubrik entnommen; auf die Liste Nr. 1 kommen also 3 Mandate, und zwar die ersten drei der Kandidaten. Der 2. und 5. Quotient find

der 2. Rubrik entnommen; also kommen auf die 2. Liste 2 Mandate. Der 4. Quotient ist der 3. Rubrik entnommen; der 3. Liste fällt also nur ein Mandat zu. Die Liste Nr. 4 geht leer aus, obwohl auf sie die ansehnliche Zahl von 18 720 Stimmen gefallen ist, die unwiederbringlich verfallen. Im Sinne mancher Projekte, die von den kleinen Parteien im Sejm, wie z. B. auch von den Deutschen begünstigt wurden, sollten eben diese Reststimmen aus dem ganzen Gebiet des Staates auf die Staatslisten verteilt werden, aber das letztere Konzept ist nicht durchgedrungen.

Dagegen sieht die Wahlordnung vor, daß die Verteilung der 72 Mandate aus den Staatslisten, aus denen nur diejenigen Gruppen oder Parteien Nutzen ziehen können, die bei den Bezirkswahlen mindestens in 6 Wahlbezirken ihre Kandidaten durchgebracht haben, auf diese Weise vorgenommen wird, daß die Anzahl der in den Bezirken von den einzelnen Gruppen oder Parteien erlangten Mandate zusammengezählt wird und die 72 festgesetzten Staatsmandate gemäß der Summe der für die einzelnen Listen in allen Bezirken errechneten Mandate wiederum nach dem de Hondt-System verteilt werden.

Angenommen, 5 Parteien hätten in mindestens 6 Wahlbezirken ihre Kandidaten durchgebracht: Die Partei A hat 120 Mandate, B 90, C 60, D 30 und E 18. Die Verteilung der 72 Mandate wird also wie oben durchgeführt:

Geteilt durch	120	90	60	30	18
	Quotienten				
1	120	90	60	30	18
2	60	45	30	15	9
3	40	30	20	10	6
4	30	23	15	8	5
5	24	18	12	6	4

So wird weiter geteilt durch 6, 7, 8, 9 usw., bis die 72 Höchst-Quotienten (in unserem Falle muß bis zur Ziffer 35 dividiert werden, so daß 35 Querzeilen entstehen) vorhanden sind. Dann nimmt man die höchsten Quotienten heraus und verteilt die Mandate unter die einzelnen Staatslisten nach der Reihenfolge der Namen, abhängig von der Zahl der höchsten Quotienten, die auf die Rubrik der einzelnen Listen entfallen.

Prüfung der Gültigkeit der Wahlen.

Über die Gültigkeit von Wahlen, gegen die Protest eingelegt wird oder die vom Sejm angezweifelt werden, entscheidet der Oberste Gerichtshof in Stärke von 3 Richtern in einer öffentlichen Sitzung.

Die Wahlordnung für den Senat bringen wir wegen Raummangels erst morgen.

Internationalisierung der Memel?

Die litauische Regierung erhielt, wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, von der Entente die Mitteilung, daß die Anerkennung Litauens de jure durch die Entente unlöslich verknüpft ist mit der Frage der Internationalisierung des Memelschlusses. Damit wird ein Problem aufgeworfen, das von größter Wichtigkeit für die memelländische, wie auch für die ostpreussische Wirtschaft ist. Bis jetzt hat Litauen, um einen Druck auf Polen (wie auch vor allem auf das Memelland) auszuüben, jeden Verkehr zwischen dem oberen Njemen und dem unteren Lauf der Memel behindert und dadurch die Ausfuhr des Holzes aus dem wehrhuthenischen Teil Polens und Rußlands unmöglich gemacht. Vor einigen Monaten kam es deswegen sogar zu einer unfreundlichen Auseinandersetzung zwischen Sowjetrußland und Litauen. Litauen hat jedoch nicht nach und gestattete das Flößen des polnischen und russischen Holzes auf dem litauischen Teil der Memel nicht. Es ist vorauszusetzen, daß die litauische Regierung unter dem Druck der Entente und um endlich die de jure-Anerkennung zu erlangen, sich entschließen wird, die Sperre aufzuheben und den Transport der Waldrichthümer aus Rußland und Polen auf der Memel freizugeben.

Damit ist auch der memelländische Holzhandel ebenso wie der ostpreussische auf eine völlig neue Basis gestellt; denn sowohl Polen als auch Rußland lassen keinen Zweifel darüber, daß sie entschlossen sind, die gewaltigen Waldrichthümer ihrer wehrhuthenischen Gebiete auf dem Memelstrom zu verfrachten. Die Internationalisierung der Memel von Grodno bis zur Döbbe ist natürlich nicht nur für die memelländische, sondern auch für die ostpreussische Wirtschaft von größter Bedeutung.

Freistaat Danzig.

Auch im Danziger Gebiet Landarbeiterstreik.

Danzig, 2. August. Die Landarbeiter im Danziger Gebiet haben mit einem Streik gedroht. Im März d. Js. hatten sie einen Kontrakt mit dem Vorbehalt abgeschlossen, daß, wenn die Teuerung zunimmt, die Kontrakte Mitte Juli entsprechend geändert werden. Vom 15. Juli ab begannen die Verhandlungen. Trotz des Schiedspruchs der Landwirtschaftskammer und teilweiser Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, die Löhne zu erhöhen, ist es nicht möglich gewesen, ein Einverständnis zu erlangen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Gute Nachrichten für Litauen. Das verbreitetste lettische Blatt „Jaunatās Cēsis“ schreibt folgendes: Das gewalttätige Streben Litauens nach dem Besitz des Wilnaer Gebietes, das von einer Unmenge von Polen, Weißrussen und Juden bewohnt ist, ist nicht nur unbegründet, sondern für den litauischen Staat, der sich in den Anfängen der Entwicklung seiner nationalen Kultur befindet, sogar gefährlich. Das Blatt führt weiter aus, daß sich das jetzt de jure anerkannte Litauen mit dem ethnographisch rein litauischen Gebiet zufrieden geben und sein Verhältnis zu Polen durch Beendigung der Ränkereien regeln müßte. Das kann nur seine Autorität vergrößern.

Eigene Währung in Litauen. Eine Verfügung des litauischen Ministerpräsidenten in Kowno kündigt die baldige Einführung der neuen eigenen Währung in Litauen an, die aus folgenden Einheiten besteht: ein Litas ist gleich 100 Staitai. Bei Ausgabe der neuen Geldzeichen wird der Staat seine Zahlungen nach dem Kurs ein Litas gleich einer Ostmark vorzunehmen.

Frankreich will Gerriot nach Rußland schicken. Der Führer der radikalen französischen Partei, Gerriot, hat einem Pressebefragter erklärt, daß er von der französischen Regierung befragt worden sei, ob er bereit sei, als ihr Vertreter nach Rußland zu gehen, um für die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zu arbeiten.

Die ersten deutschen Waren in Sidney. Einer Nachricht aus Sidney gemäß, die in der „Daily Mail“ veröffentlicht worden ist, ist dort seit dem Kriege der erste Transport deutscher Waren angekommen. Die Blätter und die öffentliche Meinung fordern den Boykott dieser Waren.

Deutsches Reich.

** Graf Zech geht auf Urlaub. Graf Zech, der Reichsvertreter in München, der sich bei den Bayern wegen seiner Verbindungen mit Leoprechting so unbeliebt gemacht hat, wird, wie verlautet, in den nächsten Tagen einen Urlaub antreten, von dem er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren dürfte. Die Überreichung des Briefes des Reichspräsidenten an den Grafen Zechenfeld ist somit wohl seine letzte Amtshandlung in Bayern gewesen.

Ein Brief Walter Rathenaus.

Im „Berliner Lokalanz.“ finden wir in einem Artikel des Arztes Dr. Walter Kröner, den eine geistige Freundschaft mit Rathenau verband, folgenden vom 15. Februar 1920 datierten Brief Rathenaus, der in seine ideale Denkweise einen tiefen Einblick gestattet:

Mein lieber und verehrter Herr Kröner!

Ihren Ruf habe ich mit wachem Ohr vernommen und von neuem in der Stille durchdacht, was ich in allen diesen Nächten durchdacht habe und durchdenke.

Glauben Sie nicht, daß ich an Deutschland verzweifle. Ich verzweifle nicht an Deutschland, und ich bin nicht müde und nicht resigniert.

Deutschlands Stunde ist aber noch nicht da. Wenn ich ab und zu schreibe — um Elia, der alten Jungfer willen tue ich nichts —, so ist es, weil ich muß. Ich muß versuchen, ob wir noch den Weg der Dämmerung schreiten können. Wenn ich schreibe, so glaube ich: wir können. Wenn ich geschrieben habe, so weiß ich: nein! Den Weg des Dunkels.

Der Weg des Dunkels ist der Weg der Weihe und des Mysteriums, der Weg von Eleusis, vielleicht von Golgatha. Doch er führt zum Licht: To en Eleusini phos (Das Licht in Eleusis, der Stätte der altathenischen Mysterien).

Glauben Sie nicht, daß diese dunklen Worte mit dem Ernst der Zeit spielen. Ich weiß, was ich sage, und rede nicht, um zu philosophieren.

An dem Widerklang jeden Glockenschlags erkenne ich: es ist noch nicht Zeit. Dennoch — oder deswegen? — muß ich immer wieder an die Glocke schlagen.

Es ist noch nicht Zeit. Ich will Ihnen das nicht aus dem Munde beweisen, aus dem läßt sich alles beweisen. Aber wenn Sie wirklich manchem meiner Worte glauben, so glauben Sie dem: es ist noch nicht Zeit.

Bei allem, was ich tat und schrieb, bin ich einer Stimme gefolgt. Was ich tat, wenn sie schwieg, war stets verfehlt, und ich habe es vernichtet.

Wenn ich gerufen werde und fühle, daß es der Ruf ist, so werde ich mich aufmachen und dem folgen, der bestimmt sein wird, uns zu führen. Ich weiß aber nicht, ob ich den Ruf erlebe.

Möge es sein, daß Sie ihn erleben. Was Sie heute für den Weg halten — Scharung um den Gedanken des Idealismus — das ist nicht der Weg. Es müssen große Hemmungen brechen, bevor der Weg frei wird. Auch ich sehe ihn heute noch nicht deutlich, aber ich fühle ihn. Heute kann ich nur den Dämmerungsweg der Reformen zeigen, das tue ich pflichtgemäß, denn ich habe nicht Schicksal zu spielen. Auch im Kriege mußte ich den Dämmerweg der Rüstung zeigen, halb wider Willen, heute weiß ich, warum.

Verzeihen Sie sich nicht. Es gibt ein herrliches Lied von Eichendorff, das heißt Zuversicht. Es beginnt: „Dämmerung will die Flügel spreiten“ und endet mit den Worten:

Was heut' müde gehet unter,
Hebt sich morgen neugeboren,
Manches bleibt in Nacht verloren —
Hüte dich, bleib wach und munter!

Sie haben die Antwort erwartet eines, der sich rüstet, und bekommen den Brief eines Träumers.

Lassen Sie uns beide arbeiten und warten auf die Stimme und auf den Menschen.

Ihr Rathenau.

Die Stundung der polnischen Hypotheken.

Von Dr. M. Lesser.

Aus dem weiten Gebiet der Fragen betr. die Hypotheken in den polnisch gewordenen Landesteilen Preußens hat das „Schutzgesetz“ für die durch die Abtretung der ehemals preussischen Teilgebiete Polens betroffenen Schuldner vom 27. Juli 1922 einen kleinen Abschnitt in der heute leider so häufig notwendigen vorläufigen Art geregelt. Wie schon der Name des Gesetzes ergibt, handelt es sich lediglich um ein Schutzgesetz für die Schuldner. Trotz der Schuldner jeder Art betreffenden Fassung des Gesetzes soll tatsächlich besonders den Gärten vorbeugt werden, die sich im Einzelfall daraus ergeben können, daß (wie die Rechtsprechung nunmehr in großer Übereinstimmung annimmt) die nach Deutschland ausgemanderten, früher in den an Polen abgetretenen Teilen wohnhaften Hauseigentümer gezwungen sind, die Hypotheken in deutscher Währung zurückzahlen, mögen sie auch selbst durch die erzwungene Auswanderung aufs schwerste geschädigt sein. Derartige Schuldner können auf Grund des erwähnten Gesetzes verlangen, daß ihnen eine Zahlungsfrist von längstens einem Jahr bewilligt, oder die Zwangsvollstreckung in ihr Vermögen für längstens ein Jahr eingestellt wird, und daß ferner Folgen, die aus der nicht rechtzeitigen Zahlung bereits eingetreten sind oder noch eintreten können (z. B. Fälligkeit des Kapitals wegen Nichtzahlung von Zinsen und dergl.), als nicht eingetreten gelten.

Voraussetzung ist, daß die Forderung bereits vor dem 1. März 1920 entstanden ist, und daß ferner dem Schuldner deswegen ihre Erfüllung nicht oder nur unter verhältnismäßig hohen Nachteilen möglich ist oder möglich gewesen ist, weil er infolge der Abtretung des Landes an Polen, insbesondere von Maßnahmen der polnischen Gesetzgebung oder Verwaltung, in seinem in diesem Gebiete befindlichen Vermögen Einbuße erlitten hat oder an der Verfügung über dieses Vermögen oder an dessen sachgemäße Verwertung gehindert ist oder gehindert gewesen ist. Man wird hier wohl in erster Reihe an die Fälle denken, in denen ein Schuldner einen Teil seines Vermögens eingebüßt hat, weil seine eigenen Schuldner ihm nur in polnischer Valuta zurückgezahlt haben oder weil ihm bei der Auswanderung 50 Prozent seines Vermögens von der polnischen Behörde zurückbehalten worden sind.

Zunächst sind aber bei der Entscheidung vom Gericht auch die Interessen des Gläubigers zu berücksichtigen. Es wird häufig vorkommen, daß auch dieser Gläubiger ein aus dem abgetretenen Teile vertriebener Deutscher ist, der vielleicht in ähnlicher Weise wie der Schuldner Schaden erlitten hat. Unter solchen Umständen wird das Gericht vielleicht nur zu einer teilweisen Stundung gelangen. Die Stundung darf übrigens nicht deswegen abgelehnt werden, weil anzunehmen ist, daß der Schuldner nach Ablauf der Frist zur Befriedigung des Gläubigers außerstande sein wird. Letzteres könnte z. B. dann nahelegen, wenn es sich bei dem Schuldner infolge von Alter oder Krankheit um eine Person-

lichkeit handelt, von der nicht anzunehmen ist, daß sich ihre Vermögensverhältnisse noch bessern werden. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung kann auch mehrfach erfolgen und ist auch zulässig, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt ist.

Es kann also schon auf Grund dieses Gesetzes das Ergebnis herauskommen, daß dem Schuldner, und zwar auch einem solchen, bei dem eine Besserung der Verhältnisse nicht mehr in Frage kommt, immer wieder vom Gericht ein Zahlungsausschub bewilligt wird, so daß es wohl nicht ausbleiben wird, daß in manchen Fällen der Aufschub bis zum Tode des Schuldners erfolgt und die Erben dann die Erbchaft ausschlagen. Das Interesse des Gläubigers wird durch die Bestimmung gewahrt, daß die Einstellung der Zwangsvollstreckung vom Gericht wieder aufgehoben werden kann, wenn sie infolge nachträglicher wesentlicher Veränderung der Umstände dem Gläubiger einen unverhältnismäßig hohen Nachteil bringen würde, insbesondere wenn die spätere Befriedigung durch andere Zwangsvollstreckungen erheblich gefährdet wird, ferner auch dann, wenn sich die Lage des Schuldners erheblich verbessert hat.

Das sind die Grundzüge des neuen Gesetzes. Es hat zeitlich eine unbefristete Geltungsdauer; der Reichsjustizminister bestimmt mit Zustimmung des Reichsrats, wann es außer Kraft tritt. Es ist zweifellos ein Notgesetz, das aus einem sehr jäher zu regelnden Gebiete eine der dringendsten Fragen herausgreift und vorläufig regelt, von dem aber wohl gerade wegen der Dringlichkeit dieser einzelnen Frage in der Praxis ein ziemlich erheblicher Gebrauch gemacht werden wird. („Berl. Tagebl.“)

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 4. August.

Der Landarbeiterstreik ein Verbrechen an der Allgemeinheit.

Weißhofs Lufomski wendet sich angesichts des Landarbeiterstreiks in der polnischen Presse mit folgenden zutreffenden, beherzigenswerten Ausführungen an die Ausländer:

Liebe Arbeiter! Es ist zu mir die Nachricht gelangt, daß auf Euch, da es zwischen dem landwirtschaftlichen Berufsverband und Euren Arbeitgebern noch nicht zu einer Verständigung gekommen ist, ein Druck ausgeübt wird, allgemein die Arbeit niederzulegen. Ich spreche Euch das Recht, sich um Verbesserung der Existenz zu bemühen, nicht ab, wenn Eure Löhne wirklich unzureichend sind, mache Euch aber auf die schwere Lage aufmerksam, in der sich die Einbringung der diesjährigen Ernte infolge des schlechten Wetters befindet. Die Niederlegung der Arbeit führt eine vielleicht noch schlimmere Katastrophe herbei als im Vorjahre. Bedenkt, wie viel noch ärmere Leute, als Ihr es seid, infolge der Teuerung und des Brotkampfs müssen, wie viel Bau- und Fabrikarbeiter und Handwerker in den Städten vor Hunger fast gestorben sind infolge des Mangels an Getreide und Kartoffeln. Wie schwer wird die Lage der ganzen Bevölkerung, wenn der Landarbeiterstreik durch Euer Verschulden die Ernte der landwirtschaftlichen Produkte vereitelt. Stellt Euch vor, daß es sich hierbei nicht nur um Geld und um Euch selbst handelt, wie Euch diejenigen sagen, die Euch zum Streik überreden, sondern daß es um noch weittragendere Dinge geht, nämlich um die Ernährung von Millionen von polnischen Bürgern, um die Bekämpfung der Teuerung und um die Aufrechterhaltung der Existenz unseres Vaterlandes. Gebt mehr der Stimme Eures Gewissens nach, das als Stimme Gottes Euch davor warnt, über Millionen Eurer Brüder Leid zu bringen.

Laßt uns täglich zum Himmel die herzlichste Bitte richten: Unser täglich Brot gib uns heute. Unser himmlischer Vater hat uns in diesem Jahre erhöht und uns Brot in genügender Menge gegeben. Welche Unanständigkeit wäre es Gott gegenüber, welches Unrecht gegenüber den Brüdern, wenn durch Verschulden der Erntesammler dieses reichliche Brot zugrunde gehen sollte.

Posen, 2. August 1922.

† Bischof Lufomski.

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß nach der andauernden Regenperiode, die bereits einen großen Teil der Ernte vernichtet und die Aussichten auf ausreichende Volksernährung zu nichte gemacht hat, der jetzige Zustand ein Verbrechen an der Allgemeinheit bedeutet, nachdem gestern und heute der herrliche Himmel lacht. Jetzt die Gelegenheit, das, was zur Volksernährung noch gerettet werden kann, in den Scheunen zu bergen, ungenützt vorübergehen lassen, ist schon als Wahnsinnsakt anzupreisen. Der Grund, der von den gewissenlosen Hebern für den Ausstand ins Treffen geführt wird, ist einfach lächerlich. Die Arbeitgeber haben durch ihre Unterwerfung unter den Schiedsspruch und die Bewilligung einer 50prozentigen Zulage zu den letzten Löhnen das weitestgehende Entgegenkommen bewiesen. Weitere Zugeständnisse zu machen, würde unsere wirtschaftliche Lage noch mehr auf den Kopf stellen und noch untraglicher machen, als es ohnehin schon der Fall ist. Die landwirtschaftlichen Arbeiter befinden sich gegenüber der Stadtbevölkerung, der städtischen Arbeiterschaft, aber auch eines großen Teils der Beamenschaft in einer geradezu beneidenswerten Lage. Durch die überreichlich bemessenen Deputate ist die Landarbeiterschaft im Vorteil gegenüber der Stadtbevölkerung, weil deren Durchschnittseinkommen für die Lebensmittel drückend, die den Landarbeitern als Deputat ohne weiteres zufallen. Recht interessant wird diese Frage in folgenden durchaus richtigen Ausführungen eines landwirtschaftlichen Arbeitgebers beleuchtet.

Anlässlich der bedrohlichen Aussichten, die der Landarbeiterstreik bietet, möchte ich anregen, ob es nicht möglich wäre, eine große Aktion der städtischen Arbeiter, Bahnarbeiter und sonstigen Beamten gegen die übertriebenen und das Wirtschaftsleben, sowie die Privatexistenzen gefährdenden Forderungen der Arbeiter zu inszenieren. Da die Landarbeiter des ehemals preussischen Teilgebiets bei geringerer Arbeitszeit und höchstens nur ebenso hohen Lebenskosten wie in Kongreg- und Kleinpolen einen um 25 bis 40 Prozent höheren Lohn bekommen und durch die Form der Entlohnung günstiger dastehen, als mancher Beamte, erscheint der Streik geradezu ungerechtfertigt, ein Verbrechen. Die Getreidernte ist derartig, daß der über Deputat und sonstige Verpflichtungen zu erzielende Überschub genügt, stellenweise nicht einmal ausreichen wird, um die übrigen Naturalienzulagen wie Kohle u. ä. zu bestreiten. Wo bleibt der künftige Dünkel alsdann für das nächste Wirtschaftsjahr? Wo bleibt das Kapital zur Erhaltung, ganz zu schweigen von der Melioration, des Inventars? Der Roggenpreis muß dann eben Rekordsummen erreichen, von denen wir uns heute noch nicht träumen lassen. Und dies zu vermeiden, liegt im meisten im Interesse der Produzenten selbst, sowie der städtischen Arbeiter und Beamten.

Beisehung des ermordeten Stadtrats Kazmierczak.

Zwei Momente waren es, die der gestrigen Totenfeier ihr Gepräge gaben: die Rede des Stadtpräsidenten Katsjki an der Bahre des Verewigten, in unmittelbarer Nähe des Raumes, wo ihn die Kugel des Mordmörders dahingestreckt hatte — die aufrichtige Teilnahme der in Scharen erschienenen städtischen Bevölkerung. Das war keine Lust an einem Schauprozesse, keine Befriedigung der Neugier, sondern das Bewußtsein, einem Manne die letzten Ehren zu erweisen,

der „in steter Mauthwurfsarbeit“ in den Jahrzehnten seines stillen Wirkens einzig und allein befreit war, dem Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen. Schmucklos, knapp und klar war die Rede des Stadtpräsidenten, sie war eine jener Reden, die nur das Notwendigste — die Verdienste des Verewigten um die Stadt — behandelte. Aber dem, der sich ganz und gar in den Vorlaut dieser Rede versenkte, war es klar, daß dieser Mann sich niemals solche Verdienste erworben hätte, wenn nicht hinter dem ihm nachgerühmten Pflichtgefühl gestanden hätte — ein großes Herz. Als das große Publikum von der Bahre zurückgetreten war, da an dieser nur die nächsten Angehörigen und die Väter der Stadt zurückblieben, um die knappen, aber in ihrem Inhalt so wertvollen Sätze des Stadtpräsidenten entgegenzunehmen, ging eine tiefe Erschütterung durch die Reihen der Versammelten. „O stolzer Tod, welch Fest geht auf in deiner ew'gen Halle! Diese Worte Shakespeares drängten sich mir unwillkürlich auf die Lippen, und die Wichtigkeit allen irdischen Strebens wurde mir wie selten gerade in dieser Stunde klar. Aber ich soll keinen Lobgesang, sondern nur einen Bericht schreiben, soll schreiben, was geschah und wie es geschah. Wie wir uns auch blicken und wenden, der letzte Gang wird immer der gleiche bleiben. Ein Katastroph, Kränze ohne Zahl, eine Gattin, deren Mund nur das Eine schluchzen konnte: „Mein Gott, o mein Gott!“ Und dann trug man ihn hinaus; die Stufen herunter, die er unzählige Male im Dienste seiner Tätigkeit beschritten hatte; Leichenwagen und Gefolge setzten sich in Bewegung, und in Begleitung einer ungeheuren Menschenmenge führte man den Dahingegangenen durch die Straßen der Stadt. Auf dem St. Adalbertsriedhof in unmittelbarer Nähe des großen Kreuztums setzte man „was herrlich an ihm war“ in die Erde. Wenige Geistliche, aber die hervorragendsten unserer Stadt, sangen das „Ruhe in Frieden“ über seinem Grabe. Ein Mann ist dahingegangen, dem man aufrichtig das nachrühmen darf, was heute nur Wenigen zu teil wird, eiserne Pflichtgefühl „stete Mauthwurfsarbeit“ ohne Begier nach Anerkennung dieser Arbeit.

Von den Wolgadentschen.

Sie lagen eine Zeitlang im Lager von Stralkowo. Dort nahm die Innere Mission sich ihrer an. Von weit und breit, aus Stadt und Land brachte fürsorgende Liebe und Treue ihrer deutschen Stammesbrüder dar, was ihnen zum Leben not war. Und dann ging ihre Fahrt weiter ins Lager bei Frankfurt a. O. oder noch weiter. Aber mehr haben wir bisher von ihnen nicht gehört. Und doch geht unsere Teilnahme hinter ihnen her. Was ist aus ihnen geworden? Wo sind sie untergekommen? Ein wenig klappt den Schleier die neueste Nummer des „Boten von Bethel“, jenes Blättchens, das von Zeit zu Zeit über die Vorfälle der Anstalten des Pastors v. Bodelschwingh berichtet. Da heißt es:

„Am 27. April d. Js. kam eine Schar von Frauen und Kindern den Weg heraufgezogen, der von Bielefeld nach Bethel führt. Fremdartige Gestalten waren es, mit blassen Gesichtern und müden, verwundeten Augen. Pastor Kuhl mit seinen Rosenbläsern eröffnete den Zug und machte ihm Bahn durch die am Eingange von Bethel wartende Menschenmenge. Gleich hinter ihm marschierte wohlgerüstet ein achtjähriger Junge; auf dem Kopfe einen mächtigen schwarzen Männerhut, knüllig und zerdrückt. Der kleine Mann darunter vom Hals bis zu den Knien eingehüllt in einen alten zerrissenen Schafpelz. Neben ihm ein kleines Mädchen in armselichem, bis zu den Füßen reichendem Kittel, den Kopf von einem weißen Tuche fast verbüllt. Dann eine Mutter mit dem Säugling auf dem Arm; den hatte sie, weil Kleider und Windel fehlten, in eine Decke eingewickelt. Dahinter größere Kinder, die Säde oder Kisten schleppten oder jüngere Kinder an der Hand führten. Zwei Frauen zählte man, ein größeres Mädchen und 43 Kinder. Schwester Frieda v. Bodelschwingh hat die Kinder aus dem Lager von Frankfurt geholt. Nun will jeder gern mithelfen. Dort schwingt ein epileptischer Anfallszögling den schwersten Reissack der Fremden auf die Schulter. Als er nach wenigen Schritten vor Aufregung und Freude im Krampfanfall zusammenbricht, läßt ihn schnell ein anderer ab. Aus allen Fenstern winkten und grüßten die Hände, und die Hörner lassen frohe Rieder erklingen. So war es schon richtig, was eins der größeren Mädchen seinem Vater im ersten Briefe aus Bethel erzählte: „Wir sind schöner empfangen als eine Braut.“

Aber freilich, neben den Freudenklängen fehlten auch die anderen Töne nicht. An der weitgeöffneten Tür des Bruderhauses Nazareth empfingen die Hauseltern ihre neuen Pflegekinder und führten sie sogleich in den Speisesaal. Die weitgedehnten Tische waren durch die Kranken der Gärtnerei schon geschmückt. Die „russischen“ Gäste machten immer größere Augen. Wie lange mochte es her sein, daß sie nicht mehr an einem sauberen gedeckten Tische in einem behaglichen Saale gesessen hatten! Nun stimmten sie an, was sie auch in den Dörfern an der Wolga gekostet: „So nimm denn meine Hände.“ — Den meisten von den Kindern sieht man es an, wie sie sich nicht an den Speisesaal gewöhnen können. Sie haben schon mehrere Wochen lang im Lager gut zu essen bekommen. Aber manche von den Kinderfrauen sind doch wie ein tiefer, dunkler See, auf dessen Grunde das Grauen wohnt. Es sind einige darunter, denen nicht nur Vater und Mutter, sondern auch alle Geschwister ums Leben gekommen sind. In einem deutschen Dorfe sind allein vierhundert Leute ums Leben gekommen. Man holte, so erzählen die Kinder, den 74jährigen Großvater aus dem Saale heraus. Dann wurde er auf der Straße totgeschossen, und sie gaben der Leiche einen Fußtritt, daß sie in den Graben fiel. Schließlich haben die Bolschewiken einfach ein Loch in das Eis der Wolga gemacht und 21 deutsche Ehepaare miteinander ertränkt, indem man sie unter das Eis stieß. Wie viel haben die Kinder in diesem Jahre erlebt! Vor allem jeden geordneten Schulunterricht. Nun geht ihr dringender Wunsch dahin, das Versäumte nachzuholen; und unsere Volksschule in Bethel hat augenblicklich wohl keine kernbegierigeren Schüler als unsere Wolgakinder. Aber noch etwas Besseres haben sie aus der verlorenen Heimat mitgebracht: Man spürt es ihnen an, daß sie in der Furcht und Liebe Gottes aufgezogen sind. Versteht unter allen, fast zu Lumpen gewordenen Kleidern fand man bei mehr als einem Kinde ein Gebetbuch oder ein Buch mit biblischen Geschichten. Das hatten sie als wertvollsten Schatz, manchmal fast als einzige Habe durch die Mühseligkeiten und Gefahren ihrer schrecklichen Wanderung gerettet. Und mit welchen Gedanken die Eltern, soweit sie noch am Leben sind, die Kinder der Anstalt Bethel anbetrauten, das zeigen die Briefe, die inzwischen aus dem Lager bei Frankfurt gekommen sind. Da heißt es in einem solchen Briefe: „Abzugeben an Euren Schulhauptmann, den Herrn Pastor. Zum Anfange meines Briefes empfangt die herzlichste Grüße von mir, welches geschehe im Namen des Herrn. Amen. Weiter mache ich Euch bekannt, daß wir so freundliche Nachrichten bekommen haben von unsern Kindern. Der Mann, der sie begleitet hat, erzählte, wie alles zugegangen ist. Da hat alles gemeint, was zuhörte, und die Herzen haben gehüpft vor Freude, und wir konnten nicht genug dafür danken, weil Sie unsere Kinder so freundlich empfangen haben. — Lieber Schulhauptmann! Mit meiner schwachgelehrten Sprache und Schulgenossenschaft (d. h. wenig genossenem Schulunterricht) kann ich Euch nicht meine Gedanken klar ausdrücken, welches Euch zur großen Ehre dienen sollte. Grüßt alle deutschen Väter und Brüder! Dann bitte ich noch, unsere Kinder in Furcht und christlicher Lehre zu halten. Wenn sie ungehorsam sind, haben Sie die Rechte, sie abzufragen. Zu aller Freundlichkeit, die Sie mit ihnen haben, lasse sie keine Unordnung bei ihnen ein! Zum Schluß grüße ich noch viel tausendmal alle, die sich über uns erbarmen. Liebet wohl im Herrn. Amen. Laßt uns zu Euch kommen!“ Diese Bitte: „Laßt uns zu Euch kommen!“ kehrt in mehr als einem Briefe wieder. Da steht die Anstalt man freilich

